**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Planen und Bauen	Datum 22.04.2008
	Schriftführung Telefon-Nr. Friedhelm Assmann 02202/141428
Niederschrift	
Planungsausschuss	Sitzung am Donnerstag, dem 3. April 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) Keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 07.02.2008**
135/2008
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtmitte"**
- Allgemeinverfügung
162/2008
- 7. Postgraduiertenwettbewerb der Akademie für Städtebau und Landesplanung**

- zum Gronauer Kreisel**
- Vorstellung des prämierten Entwurfs durch die Planverfasserin Frau Mecklenbrauck
137/2008
- 8. Änderung Nr. 163/1245 - Neuenhauser Weg - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluss zur Aufstellung
- Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
138/2008
- 9. Bebauungsplan Nr. 1245 - Neuenhauser Weg**
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
139/2008
- 10. Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges Wachendorff-Gelände -**
- Erlass einer Veränderungssperre
140/2008
- 11. Außenbereichssatzung R. 3244 - Breite -**
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
141/2008
- 12. Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Asselborn -**
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Städtebaulicher Vertrag
- Beschluss als Satzung
163/2008
- 13. Bebauungsplan Nr. 5539 - Obereschbach -**
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
142/2008
- 14. Bebauungsplan Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße -**
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
143/2008
- 15. Bebauungsplan Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße**
- Anordnung einer Umlegung
149/2008
- 16. Vorhabenbezogener Bebauungsplan nr. 5538 - Meisheide -**
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss des Durchführungsvertrages
- Beschluss als Satzung
166/2008
- 17. Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**

2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Ausschussvorsitzende, Herr Albrecht, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

Herr Dr. Baeumle-Courth kritisiert, dass der Vorlage zu TOP 12 „Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn“ nicht der entsprechende Auszug aus der Niederschrift des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden beigefügt wurde.

Er beantragt, den TOP 12 von der heutigen Tagesordnung zu nehmen, da das Verwaltungsverfahren zur Aufstellung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung mit dem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2007 formal beendet sei und die Öffentlichkeit/Investoren somit auf die Ablehnung vertrauen durfte. Seiner Ansicht nach sei ein neues Verfahren mit erneutem Aufstellungsbeschluss erforderlich, wenn man der Auffassung sei, das Verfahren aufrollen zu müssen.

Des Weiteren beantragt Herr Dr. Baeumle-Courth, den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Meisheide (TOP 16) ebenfalls von der Tagesordnung zu nehmen, da über einen nicht vorhandenen Durchführungsvertrag nicht beschlossen werden könne.

Frau Hammelrath plädiert für eine Beschlussfassung des Durchführungsvertrages im Rat, wenn sichergestellt sei, dass der Durchführungsvertrag den Fraktionen mindestens 10 Tage vor der Sitzung vorliegt.

Herr Sprenger schließt sich diesen Ausführungen an.

Frau Graner und Herr Bierganns stimmen den Ausführungen von Herrn Dr. Baeumle-Courth und seinen beiden Anträgen zu.

Bezug nehmend auf die Kritik von Herrn Dr. Baeumle-Courth und auf Bitte des Vorsitzenden verteilt die Verwaltung den Auszug aus der Niederschrift des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden zur Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Asselborn an alle Mitglieder des Ausschusses.

Herr Löhlein teilt mit, dass eine juristische Anfrage bei der Kanzlei Lenz und Johlen ergeben habe, dass eine Neueinleitung des Satzungsverfahrens Asselborn nicht erforderlich sei, da sich keine inhaltlichen Änderungen gegenüber dem bisherigen Verfahren ergeben haben.

Herr Schmickler ergänzt, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Straßenanliegerbeiträgen unabhängig von dem heutigen Satzungsbeschluss sei.

Herr Schmickler ist zudem zuversichtlich, den Durchführungsvertrag zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Meisheide spätestens 10 Tage vor der kommenden Ratssitzung vorlegen zu können. Er weist zudem darauf hin, dass der

Ratsbeschluss (Satzung und zum Durchführungsvertrag) unabdingbare Voraussetzung für etwaige Baugenehmigungen darstelle.

Sodann lässt Herr Albrecht über die beiden Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der KIDinitiative, der FDP Fraktion und der BfBB)

Die Absetzung der TOP 12 und 16 von der heutigen Tagesordnung wird abgelehnt.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 07.02.2008

@-> Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Herr Albrecht bedankt sich bei Herrn Hillebrand, der heute zum letzten Mal als Vorsitzender des Behindertenbeirates an einer Sitzung des Planungsausschusses teilnimmt.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Frau Müller-Veit verweist auf die verteilten und auszutauschenden Seiten 203 und 204 der Einladung.

<-@

6 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtmitte"

- Allgemeinverfügung

@-> Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

<-@

7 **Postgraduiertenwettbewerb der Akademie für Städtebau und Landesplanung zum Gronauer Kreisel**
- Vorstellung des prämierten Entwurfs durch die Planverfasserin Frau Mecklenbrauck

@-> Die Planverfasserin, Frau Mecklenbrauck, stellt ihre im Rahmen des Postgraduiertenwettbewerbs erstellte und prämierte Planung anhand von Schaubildern dar und erläutert ihre Vorstellungen zum „Campus Gronau“.

Alle Fraktionen äußern sich positiv über die vorgestellten Visionen und verleihen ihrer Hoffnung Ausdruck, dass in diesem Bereich nicht wieder Wünschen einzelner Investoren zu Lasten der Gesamtplanung gefolgt werde.

Frau Hammelrath weist darauf hin, dass die Realisierung nur möglich sei, wenn die dortigen Grundstückseigentümer sich mit der Planung einverstanden erklären und deren Ziele mittragen.

Herr Sprenger würde es begrüßen, wenn im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2009 weitere finanzielle Mittel zur Weiterverfolgung der Planung zur Verfügung gestellt werden

Auf Wunsch von Herrn Dr. Baeumle-Courth sagt die Verwaltung zu, die Entwurfsplanung in digitaler Form an die Fraktionen weiterzuleiten.

Der Ausschuss ist sich einig, die Punkte 8 und 9 gemeinsam zu behandeln.

<-@

8 **Änderung Nr. 163/1245 - Neuenhauser Weg - des Flächennutzungsplanes**
- Beschluss zur Aufstellung
- Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@-> Es wird verwiesen auf die Diskussion zu TOP 9.

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der BfBB)

I. Gemäß § 2 in Verbindung mit § 5 des Baugesetzbuchs ist die Änderung Nr. 163 /1245 – Neuenhauser Weg – des Flächennutzungsplans aufzustellen.

Sie umfasst im Wesentlichen das Gebiet zwischen dem Neuenhauser Weg und

der Wohnbebauung 'Im Plackenbruch'.

II. Auf die Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch wird verzichtet.

III. Gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches ist die Änderung Nr. 163 / 1245 – Neuenhauser Weg – des Flächennutzungsplanes mit der Begründung für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen

<-@

@->

<-@

9 **Bebauungsplan Nr. 1245 - Neuenhauser Weg**
- Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung

@->

Frau Graner macht deutlich, dass die Beschlussfassungen zum Neuenhauser Weg nicht willkürlich seien, sondern Teil eines Entwicklungskonzeptes seien, das nun abschließend realisiert werde. Die FDP Fraktion werde diesen Beschlussvorschlägen zustimmen.

Herr Sprenger verweist auf die im Gegensatz zur Ursprungsplanung reduzierte und verträgliche Bebauung. Auch die CDU Fraktion werde diesen Beschlussvorschlägen daher ebenfalls zustimmen.

Auch Frau Hammelrath wird den Beschlussvorschlägen zustimmen. Sie weist jedoch darauf hin, dass zur vollständigen Realisierung des Entwicklungskonzeptes das Gebiet Plackenbruch III noch ausstehe.

Herr Dr. Baumle-Courth hält die Planung zwar für deutlich verbessert, spricht sich aber dennoch gegen weitere Verdichtungen/Versiegelungen in diesem Bereich aus. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird der Planung daher nicht zustimmen.

Herr Bierganns macht deutlich, dass die BfBB einer Innenbereichsbebauung gegenüber einer Außenbereichsbebauung den Vorzug gibt.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN u
der BfBB)

Gem. § 3 Abs. 2 BauGB ist der Bebauungsplan Nr. 1245 – Neuenhauser Weg – mit seiner Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen

<-@

@->

<-@

**10 Bebauungsplan Nr. 2449 - Ehemaliges Wachendorff-Gelände -
- Erlass einer Veränderungssperre**

@-> Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 2449 – Ehem. Wachendorff-Gelände – wird eine Veränderungssperre als Satzung beschlossen.

<-@

@->

<-@

**11 Außenbereichssatzung R. 3244 - Breite -
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

@-> Auf Bitte von Herrn Bierganns erläutert Herr Löhlein die schriftliche Vorlage.

Auf Anfrage von Herrn Sprenger teilt Herr Löhlein mit, dass die Offenlage vor den Sommerferien und der Satzungsbeschluss für Oktober dieses Jahres vorgesehen sei.

Herr Neu und auch Frau Graner machen deutlich, dass sie die Bebauung für verträglich halten und der Vorlage zustimmen werden.

Demgegenüber lehnt Herr Dr. Baeumle-Courth die Verdichtung im Außenbereich ab.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der KIDinitiative und der BfBB)

Die Außenbereichssatzung Nr. 3244 – Breite – ist unter Beifügung der Begründung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Herr Neu verlässt aus Gründen der Befangenheit um 18:00 Uhr die Sitzungsrunde und lässt sich durch Herrn Klatt vertreten.

<-@

@->

**12 Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Asselborn -
- Beschluss zu Stellungnahmen**

<-@

- Städtebaulicher Vertrag

- Beschluss als Satzung

@->

Herr Löhlein bittet zu entschuldigen, dass die Drucksachenummer richtigerweise „163/2008“ lauten müsse.

Auf Bitte von Frau Neuheuser-Königs erläutert Herr Löhlein die schriftliche Vorlage und hier insbesondere die Beschlussfassungshistorie der verschiedenen Ausschüsse und des Rates und die Gründe für ein Wiederaufgreifen des Verfahrens.

Frau Neuheuser-Königs hätte sich gewünscht, wenn die Beschlussfassungshistorie des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden der Vorlage beigelegt worden wäre.

Herr Dr. Baemle-Courth wiederholt seine Auffassung, dass das Verfahren mit dem Ratsbeschluss abgeschlossen sei und nur im Interesse eines Anliegers wieder aufgegriffen werde.

Herr Sacher kann die Ausführungen von Herrn Dr. Baemle-Courth nicht teilen, wonach mit einem erneuten Satzungsbeschluss lediglich die Interessen eines Einzelnen verfolgt werden. Darüber hinaus wiederholt Herr Sacher die Darstellung von Herrn Schmickler, dass eine eventuelle Ablehnung des heutigen Beschlussvorschlages die Anlieger nicht von der Verpflichtung der Zahlung von Straßenbaubeiträgen befreit. Die CDU Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Herr Bierganns fragt an, für welche Parzellen Baurecht geschaffen wird, wie groß diese Parzellen sind, wem sie gehören, wie sie derzeit genutzt werden und wie hoch die jeweilige Wertverbesserung ist.

Herr Löhlein beantwortet die Fragen anhand eines Lageplanes, soweit es im öffentlichen Teil der Sitzung möglich ist.

Frau Neuheuser-Königs verweist auf den verbindlichen Ratsbeschluss. Es sei nicht einsehbar, rechtskräftige Beschlüsse so lange zu wiederholen, bis ein gewünschtes Ergebnis vorliege. Sie teilt mit, dass sie gegen diese Abstimmung protestiert und an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Herr Schwamborn erläutert ausführlich die Entwicklungsgeschichte der Grundstücksnutzung des Antragstellers Tillmann bis zum aktuellen Antrag.

Frau Hammelrath beantragt Schluss der Debatte.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der KIDinitiative und der BfBB)

Die Debatte wird geschlossen.

Sodann lässt Herr Albrecht über die Beschlussvorschläge der Verwaltung abstimmen.

Frau Neuheuser-Königs verlässt unter Protest die Sitzungsrunde und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der Ausschuss fasst sodann folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der BfBB)

I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 – Asselborn – gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingereichten Anregungen von

- B 1 Karl-Heinz Müller und weitere Anlieger wird nicht entsprochen,
- B 2 Rosa Roth wird nicht entsprochen,
- B 3 Eheleute Axel und Marion Kansy wird nicht entsprochen,
- B 4 Dr. Rudolf Krause wird nicht entsprochen,
- B 5 RA Neu i. V. von 13 Anliegern wird nicht entsprochen,
- B 6 Dieter Karrasch wird nicht entsprochen,
- B 7 Heinz Kriener wird entsprochen,
- T 1 Rhein.-Berg. Kreis Der Landrat wird teilweise entsprochen.

II. Der Planungsausschuss beschließt, den Städtebaulichen Vertrag in der vorliegenden Fassung abzuschließen.

III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 34 Abs. 4-6 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 – Asselborn – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 34 Abs. 5 BauGB.

Herr Neu nimmt wieder an den Beratungen teil. Herr Klatt übernimmt die Vertretung von Frau Hammelrath, die die Sitzung um 18:20 Uhr verlässt.

<-@

@->

<-@

**13 Bebauungsplan Nr. 5539 - Obereschbach -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**

@->

Der Ausschuss fasst folgende

Beschlüsse: (einstimmig)

I. Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5539 – Obereschbach- gemäß § 3 Abs.2 BauGB vorgetragene Anregungen der Einwender

- B1 Rechtsanwalt Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen.
- F1 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird teilweise entsprochen.
- F2 Rheinisch Bergischer Kreis, Abt. 67, Planung und Landschaftsschutz wird teilweise entsprochen.

- F3 Aggerverband wird teilweise entsprochen.
- F4 IHK Köln, Zweigstelle Leverkusen / Rhein-Berg wird teilweise entsprochen.
- F5 Landesbetrieb Straßen NRW, Autobahnniederlassung Krefeld wird entsprochen.
- F6 Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird teilweise entsprochen.

II. Der Bebauungsplan Nr. 5539 -Obereschbach- wird gemäß §10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NW als Satzung beschlossen und dazu die Begründung gemäß § 9Abs. 8 BauGB.

Der Ausschuss ist sich einig, die TOP 14 und 15 gemeinsam zu behandeln.

<-@

@->

<-@

**14 Bebauungsplan Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße -
- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

@->

Auf Wunsch von Herrn Sprenger erläutert Frau Sick-Adenauer den veränderten Bebauungsplan mit der Rücknahme von gewerblichen Flächen und die Vorteile einer Umlegung.

Eine noch weitergehende Verkleinerung des Gewerbegebietes hielte Herr Dr. Baeumle-Courth nicht für sinnvoll.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth teilt Frau Sick-Adenauer mit, dass sie sich negative Auswirkungen der Gewerbebetriebe auf die Erdbebenstation nicht vorstellen könne. Hierzu wird die Erdbebenstation im Rahmen der Öffentlichen Auslegung direkt angesprochen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth teilt Frau Sick-Adenauer mit, dass im Mai vergangenen Jahres ausführlich über die eingegangenen Anregungen und die detaillierte Abwägung berichtet wurde und man daher auf eine erneute Darstellung verzichtet habe.

Herr Dr. Baeumle-Courth plädiert anstelle einer Umlegung für einvernehmliche Einzelgespräche mit dem Ziel einer Einigung mit allen betroffenen Grundstückseigentümern.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet eindringlich um Prüfung, ob eine alternative Ansiedlung des Porshecenters nicht im Bereich der Vinzenz-Pallotti-Straße möglich wäre.

Herr Neu und Herr Sprenger sprechen sich für eine Weiterverfolgung der Planung aus.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der BfBB bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 5342 -Vinzenz-Pallotti-Straße-

ist unter Beifügung der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. §3 Abs.2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

<-@

@->

<-@

**15 Bebauungsplan Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße
- Anordnung einer Umlegung**

@-> Es wird verwiesen auf die Diskussion zu TOP 14.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der BfBB)

Gemäß § 46 Baugesetzbuch wird für den Bereich des zur öffentlichen Auslegung beschlossenen Bebauungsplans Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße - die Umlegung angeordnet.

<-@

@->

<-@

**16 Vorhabenbezogener Bebauungsplan nr. 5538 - Meisheide -
- Beschluss zu Stellungnahmen
- Beschluss des Durchführungsvertrages
- Beschluss als Satzung**

@-> Herr Albrecht verweist auf die Diskussion unter TOP 1 und wiederholt, dass über den Durchführungsvertrag im Rat abgestimmt werde, sofern dieser den Mitgliedern mindestens 10 Tage vor der Ratssitzung vorliegt.

Herr Dr. Baumle-Courth ist der Auffassung, dass der Durchführungsvertrag vor der Ratssitzung im Planungsausschuss, notfalls in einer Sondersitzung, diskutiert werden müsse.

Herr Dr. Baumle-Courth wiederholt seine Auffassung, dass im Falle des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Meisheide zugunsten eines Investors auf eine konzeptionelle, weitsichtige Planung verzichtet wurde. Im Übrigen verweist Herr Dr. Baumle-Courth auf seine diesbezüglichen Redebeiträge aus den vorangegangenen Sitzungen.

Frau Neuheuser-Königs stimmt dem Verfahren zwar grundsätzlich zu, wundert sich jedoch im Hinblick auf den immer noch nicht vorliegenden Durchführungsvertrag über die an den Tag gelegte Eile und beklagt die fehlende Weitergabe von Informationen an die kleinen Fraktionen.

Frau Graner teilt die Meinung von Frau Neuheuser-Königs und wird den Beschlussvorschlägen heute nicht zustimmen, da sie mit dem unverständlicherweise beschleunigten Verfahren nicht einverstanden ist.

Herr Neu macht deutlich, dass die SPD Fraktion den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan befürworte, da sich hier eine autobahnahe Alternative für das weggefallene Gewerbegebiet Spitze anbietet.

Herr Sprenger teilt mit, dass sich die CDU Fraktion ebenfalls für eine Gewerbeansiedlung an der Meisheide ausspreche, obwohl der überaus zügige Verfahrensablauf auch kritisch gesehen werde.

Herr Schmickler informiert darüber, dass Ratsmitglied Schneeloch beim Verwaltungsgericht Köln eine Klage eingelegt habe mit dem Antrag, festzustellen, dass der Beschluss des Rates vom 18.12.2007 zur Flächennutzungsplanänderung Meisheide rechtswidrig war wegen mangelnder Information der Ratsmitglieder. Er macht deutlich, dass diese Klage keinen Einfluss auf die heute anstehenden Beschlüsse habe.

Herr Bierganns teilt mit, dass die BfBB eine Bebauung im Naturschutzgebiet ablehne. Herr Albrecht informiert Herrn Bierganns, dass das Plangebiet nicht dem Naturschutz unterliegt.

Sodann fasst der Ausschuss folgende

Beschlüsse: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP Fraktion und der BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative)

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 5538 – Meisheide - gem. § 3 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender
 - B2 Rechtsanwälte Verweyen, Lenz-Voß, Boisserée für die Mandanten, Bürgerinitiative zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen wird teilweise entsprochen.
 - B3 Kornelia und Bernward Salomon wird teilweise entsprochen.
 - B4 Bürgerinitiative zur Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen wird entsprochen.
 - B5 Beatrix Beuthner-Brendel, Jürgen Brendel wird nicht entsprochen.
 - T1 Rheinische NETZGesellschaft mbH, N-Leitplanung wird entsprochen.
 - T2 Geologischer Dienst NRW wird nicht entsprochen.
 - T3 RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice GmbH wird entsprochen.
 - T4 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
 - T5 IHK zu Köln, Zweigstelle Leverkusen / Rhein-Berg wird teilweise entsprochen.
 - T6 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.
 - T7 Landwirtschaftskammer NRW wird nicht entsprochen.
 - F1 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 7, 66, 67, 68 wird teilweise entsprochen.
 - F2 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 3, Ordnungsamt wird entsprochen.
 - F3 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 3, Feuerwehr wird entsprochen.
- II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stimmt in seiner Sitzung am 24.04.2008 über

den Durchführungsvertrag ab, falls dieser spätestens 10 Tage vor der nächsten Ratssitzung den Mitgliedern vorgelegt werde.

III. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 5538 – Meisheide - wird gem. § 10 BauGB und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

<-@

17 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Auf Anfrage von Herrn Zalfen teilt Herr Schmickler mit, dass die Verwaltung die Gespräche mit dem Projektentwickler des neuen Eigentümers des Löwencenters aufgenommen habe und zuversichtlich sei, dass die Bensberger Fußgängerzone sich zukünftig positiv entwickle.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth informiert Herr Schmickler darüber, dass die Verwaltung vor einigen Monaten an einer Informationsveranstaltung der Landeswirtschaftsministerin in Köln zur Erstellung des Landesentwicklungsplans teilgenommen habe und auch im Rahmen des weiteren Verfahrens eingebunden werde.

Der Vorsitzende, Herr Albrecht, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:58Uhr

<-@

Vorsitzender

Schriftführer